

l'institution, la précision apportée à ce qu'on appelle les garanties de ces créances, et surtout un renforcement des autorités de surveillance de ces institutions et un système d'annonces, chaque fois que le seuil des placements auprès de l'employeur serait dépassé, permettront de stopper cette dérive que l'on constate, hélas, dans des entreprises qui vont mal.

En ce qui concerne la deuxième question qui a été posée quant au calendrier de l'examen et des propositions concernant l'extension de la garantie octroyée par le fonds de garantie en cas d'insolvabilité dans le domaine subobligatoire ou hors obligatoire, ce calendrier se présente de la façon suivante: des travaux ont actuellement lieu, au sein de la Commission fédérale de la prévoyance professionnelle, les différents chapitres de la révision sont abordés les uns après les autres, et celui-ci fait partie des chapitres qui sont déjà en examen. L'ensemble de la proposition est planifié pour la mi-1994, soit à la moitié et non pas à la fin de l'année prochaine comme l'information vous en a semble-t-il été donnée lors de la dernière discussion sur ce point.

La possibilité d'introduire des propositions dans ce sens dans le projet de loi fédérale sur le libre passage a été examinée en relation avec l'Office fédéral de la justice et la réponse a été que l'unité de matière ou les points de contact et d'ancrage étaient insuffisants pour lier les deux propositions. En d'autres termes, nous pensons actuellement maintenir ces propositions dans le cadre de la révision ordinaire de la LPP qui doit avoir lieu en 1995, comme cela est prévu dans la loi, et pour laquelle, je le répète, les propositions devraient être publiées à la mi-1994.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort befriedigt.

92.3259

Motion Grossenbacher

Die Schweiz als umstrittene Drehscheibe des internationalen Kulturgüterhandels

La Suisse, plaque tournante du trafic de biens culturels

Wortlaut der Motion vom 18. Juni 1992

Die Schweiz spielt eine bedeutende Rolle als Umschlagplatz für illegale Geschäfte mit Kunstwerken und Kulturgütern und wurde in dieser Hinsicht in ausländischen Medien schon verschiedentlich als «Kunstwaschanlage» bezeichnet. Diese Situation hat sich vor allem aus dem heutigen Rechtsvakuum entwickelt und nimmt Proportionen an, die der Schweiz nicht würdig sind.

Der Bundesrat wird eingeladen:

- möglichst schnell gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, die einer weiteren Entwicklung des illegalen Kunst- und Kulturgüterhandels in der Schweiz entgegenwirken;
- die Ratifizierung der Unesco-Konvention 1970 und die Erarbeitung eines entsprechenden Bundes-Ausführungsgesetzes sofort an die Hand zu nehmen;
- kantonale Aufklärungskampagnen über die Wichtigkeit, das kantonale Kulturgut zu erhalten und zu erschliessen, anzuregen und zu fördern;
- abzuklären, wie der Kunst- und Kulturgüterhandel im europäischen Recht gehandhabt wird und über welche Kontaktstellen die Schweiz zur EG verfügt.

Texte de la motion du 18 juin 1992

La Suisse est une plaque tournante importante du trafic d'oeuvres d'art et de biens culturels. Divers médias étrangers ont même dit qu'elle est le «salon-lavoir des oeuvres d'art». Cette situation, née du vide juridique actuel, prend des proportions qui ne sont pas dignes de ce pays.

Le Conseil fédéral est donc chargé:

- de proposer au Parlement, dans les plus brefs délais, un projet de loi en vue d'empêcher que le trafic d'oeuvres d'art et de biens culturels ne s'amplifie;
- de ratifier immédiatement la Convention de l'Unesco de 1970 et d'élaborer la loi d'exécution correspondante;
- d'encourager les cantons à lancer des campagnes d'information en vue de sensibiliser la population au problème de la sauvegarde et de la mise en valeur du patrimoine;
- de se renseigner sur la manière dont le droit européen traite le trafic d'oeuvres d'art et de biens culturels, et par quels organes s'établissent les relations entre la Suisse et les CE.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der internationale Kunsthandel hat im vergangenen Jahrzehnt erhebliche Ausmasse angenommen. Der traditionelle Erwerb von Kunstwerken und Kulturgütern durch Kunstliebhaber und Kunstliebhaberinnen wird durch den Prestige- und Spekulationskauf ersetzt oder gar als Mittel zur Geldwäscherei missbraucht.

Der Handel mit gestohlenen Kunstwerken blüht, afrikanische und asiatische Kulturstätten werden geplündert, und neuerdings entfaltet sich ein reger Kunsthandel mit Kunstobjekten aus Osteuropa. Aber auch Schweizer Kulturgüter wandern ungehindert ins Ausland, wie die erst kürzlich in der Presse veröffentlichte Affäre der Klosterbibliothek Dornach zeigt.

Die Schweiz spielt eine bedeutende Rolle als Umschlagplatz für illegale Geschäfte mit Kunstwerken und Kulturgütern und wurde in dieser Hinsicht in ausländischen Medien schon verschiedentlich als «Kunstwaschanlage» bezeichnet. Diese Situation hat sich vor allem aus dem heutigen Rechtsvakuum entwickelt und nimmt Proportionen an, die der Schweiz nicht würdig sind.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 31. August 1992

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 31 août 1992

Im Bereich des internationalen Kulturgüterhandels besteht in der Schweiz tatsächlich keine rechtliche Regelung.

Der Bundesrat hat im Bericht über die Legislaturplanung 1991–1995 betont, dass im Bereich des Kulturgüterhandels Handlungsbedarf bestehe. Er will daher das Problem des internationalen Handels mit Kultur- und Kunstgegenständen angehen und prüfen, ob diesbezüglich eine neue Bundeskompetenz in der Bundesverfassung zu verankern sei und ob die Unterzeichnung der Unesco-Konvention vom 14. November 1970 über die Mittel zur Bekämpfung des illegalen Imports, Exports und Eigentumsübergangs an Kulturgut in Erwägung zu ziehen ist. Im übrigen hat die EG im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt im Bereich der Ein- und Ausfuhr von Kulturgütern eine Verordnung und eine Richtlinie erarbeitet. Der Bundesrat wird bei seinen Bestrebungen diese Regelungsbestrebungen der EG berücksichtigen. Er sieht vor, entsprechende Vorschläge demnächst in eine Vernehmlassung zu geben.

Dabei geht es nur darum, die Missbräuche und Auswüchse zu bekämpfen, nicht aber, den legalen Handel mit Kulturgütern zu erschweren oder einzuschränken. Namentlich sollen illegale Ausgrabungen, Kunstdiebstahl, widerrechtliche Ausfuhr und andere rechtswidrige Praktiken bekämpft werden. Damit soll unser Land seine Solidarität mit anderen Staaten, die durch illegale Transaktionen in ihrer kulturellen Identität gefährdet sind, zeigen. Auf mittlere Frist kann aber auch für die zum schweizerischen Patrimonium gehörenden Gegenstände ein wirksamer Schutz erreicht werden. Der legale Handel mit Kulturgütern und die Sammeltätigkeit Privater können zur Vielzahl und Vielfalt wertvoller Bestände und zum kulturellen Verständnis beitragen. Internationaler Austausch kann grundsätzlich allen daran Beteiligten Vorteile bringen, wenn dabei die Grundsätze der Gegenseitigkeit, der Gleichberechtigung und der kulturellen Selbstbestimmung eingehalten werden. Insofern können gesetzliche Regelungen anderer, mit

der Schweiz vergleichbarer Staaten nicht ohne weiteres übernommen werden.

Der Bundesrat ist bereit, eine Information der Kantone über diese Thematik anzuregen und zu fördern.

Angesichts der in der Legislaturplanung formulierten Ziele sowie der bereits laufenden Vorbereitungsarbeiten, in deren Verlauf noch verschiedene offene Fragen geklärt werden müssen, zieht der Bundesrat die Ueberweisung des Vorstosses in Postulatsform vor.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Frau Grossenbacher: Vor ungefähr eineinhalb Jahren wurde die gesamte Klosterbibliothek von Dornach im Kanton Solothurn nach Deutschland verkauft. Wie war das möglich? Infolge der Aufhebung des Kapuzinerklosters mangels Nachwuchs und durch den Verkauf der Klostergebäude wurde auch das Inventar verkauft, u. a. eine historisch sehr bedeutende Bibliothek, die für die Region, den Kanton und auch für unser Land wichtige Dokumente enthielt. Ohne Wissen der zuständigen Behörden von Gemeinde und Kanton, des Kantonsbibliothekars, der Archivare usw., gelangte die Bibliothek über die Grenze und wurde in einem Katalog eines Kunsthändlers in Deutschland zum Verkauf angeboten.

Ein Beispiel unter vielen. Das ist möglich, weil in der Schweiz für den Kulturgüterhandel keine rechtliche Regelung besteht. Einerseits können also wertvolle Kulturgüter ungehindert ins Ausland wandern; andererseits spielt auch der Kulturgüterhandel eine Rolle: Gestohlene Kulturgüter aus dem Ausland können in unser Land eingeführt und hier gehandelt werden. Deshalb spielt die Schweiz eine bedeutende Rolle als Umschlagplatz für illegale Geschäfte mit Kunstwerken und Kulturgütern. Sie wurde in dieser Hinsicht in ausländischen Medien schon verschiedentlich als «Kunstwaschanlage» bezeichnet.

Diese Situation hat sich vor allem aus dem heutigen Rechtsvakuum entwickelt und nimmt Proportionen an, die der Schweiz nicht würdig sind. Deshalb meine ich, dass möglichst schnell gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden müssen, um solchen Missbräuchen im Kulturgüterhandel entgegenzuwirken, sei es im Exportbereich oder im Importbereich. Ferner meine ich, dass der Bund auch darauf hinwirken muss, dass die Kantone sich der Wichtigkeit ihrer Kulturgüter bewusst sind, denn gerade in unserer schnelllebigen Zeit ist es wichtig, dass wir die Kulturgüter in unserer Region, in unserem Kanton, in unserem Land schützen. Denn auch das gibt uns Möglichkeiten, verwurzelt zu werden und Boden unter die Füsse zu erhalten.

In seiner Antwort auf meine Motion gibt der Bundesrat zu, dass keine rechtliche Regelung im Kulturgüterhandel besteht. Deshalb beharre ich auf meiner Motion und bitte Sie, mir dabei zu helfen und nicht dem Bundesrat zu folgen, der die Umwandlung der Motion in ein Postulat beantragt.

M^{me} Dreifuss, conseillère fédérale: Le Conseil fédéral propose effectivement de transformer la motion de M^{me} Grossenbacher en postulat parce qu'il ne peut pas prendre l'engagement, en ce qui le concerne et c'est le sens de la proposition qu'il vous fait, d'appliquer cette motion dans les délais et de la façon qui sont indiqués, même s'il peut prendre l'engagement d'agir dans ce sens.

En particulier, l'exigence de la ratification immédiate de la Convention de l'Unesco de 1970 et de l'élaboration de la loi d'exécution correspondante semblent inapplicables au Conseil fédéral pour les raisons suivantes: depuis l'année dernière l'Institut pour l'uniformisation du droit privé a entrepris des travaux. Cet institut a été mandaté par l'Unesco pour préparer avec un groupe d'experts internationaux un projet de convention réglant sur le plan du droit privé la restitution des biens culturels volés ou exportés illicitement. Les dispositions élaborées actuellement par Unidroit vont plus loin que celles de la Convention de l'Unesco de 1970 et Unidroit a reçu une plus large adhésion de la part des Etats. Il serait par consé-

quent souhaitable d'attendre la conclusion de ses travaux, prévue pour 1994, et d'en tenir compte dans la loi d'exécution de la Convention de l'Unesco de 1970. Il faudrait alors, en outre, inscrire dans la constitution une disposition donnant à la Confédération la compétence de légiférer en la matière. Dans ce sens-là, nous considérons que la proposition qui est faite par la motion ne peut raisonnablement être réalisée dans le temps imparti.

Le Conseil fédéral reconnaît tout à fait que la motion Grossenbacher est la première intervention parlementaire, depuis 1977, qui traite du commerce des biens culturels et du rôle problématique que la Suisse joue dans ce domaine. Grâce à cette intervention, les Commissions de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national et du Conseil des Etats ont à leur tour présenté, lors des débats concernant l'article sur l'encouragement de la culture, des postulats en faveur de la signature de la Convention de l'Unesco de 1970. Mais la motion Grossenbacher, qui demande une base constitutionnelle, une disposition légale et une campagne d'information, est plus complète, mais également plus exigeante.

Le dossier de consultation, qui comporte un projet de nouvel article constitutionnel donnant à la Confédération la compétence de légiférer en matière d'importation et d'exportation de biens culturels, qui devrait devenir l'article 30bis de la constitution, qui contient également une proposition de ratification de la Convention de l'Unesco de 1970 et un rapport explicatif, est prêt. Il est en actuellement au stade de la consultation au sein des offices concernés et la procédure de consultation devrait ainsi pouvoir s'ouvrir après les vacances d'été. Le retard, par rapport au calendrier initial qui prévoyait l'ouverture de la consultation avant les vacances d'été, est dû au fait que la législation de la Communauté européenne n'a été connue que tardivement, à la complexité bien sûr aussi de la matière et au fait que si l'on espérait, jusqu'au 6 décembre 1992, pouvoir poursuivre les travaux sur la base juridique de l'Accord sur l'Espace économique européen, le vote du 6 décembre 1992 fait que nous devons nous constituer aujourd'hui une autre base juridique.

Dans ce sens-là, le Conseil fédéral vous propose de transformer la motion en postulat, mais vous donne la garantie, sur la base des travaux déjà entrepris, de poursuivre dans la direction indiquée par M^{me} Grossenbacher.

Präsident: Der Bundesrat schlägt die Umwandlung in ein Postulat vor. Die Motionärin hält an der Motion fest.

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung der Motion
Dagegen

51 Stimmen
38 Stimmen

92.3261

Postulat Caccia **Politische Statistik** **Statistique politique**

Wortlaut des Postulates vom 18. Juni 1992

Wegen Personalproblemen im Bundesamt für Statistik ist seit Anfang Mai 1992 die Datenaufbereitung im Bereich der politischen Statistik eingestellt.

Ich sehe zwar ein, dass in den Sektoren, die direkt von der europäischen Integration betroffen sind, besondere Anstrengungen unternommen werden müssen. Dennoch ersuche ich den Bundesrat, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, so dass im Bereich der politischen Statistik die Tätigkeit wieder aufgenommen werden kann. Die Massnahmen sollen für Kontinuität sorgen und sicherstellen, dass die politische Statistik auch in Zukunft die wachsenden Ansprüche aus Wissenschaft, Medien und Politik zu befriedigen vermag.

Motion Grossenbacher Die Schweiz als umstrittene Drehscheibe des internationalen Kulturgüterhandels

Motion Grossenbacher La Suisse, plaque tournante du trafic de biens culturels

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.3259
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.06.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	918-919
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 752

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.